

Anlage: Resümee zur Teilnahme der Initiativen gegen Verkehrslärm am 35. DEKT in Stuttgart

Nach dem 35. DEKT in Stuttgart ziehen die Initiativen gegen Verkehrslärm eine äußerst positive Bilanz. Der Stand hatte das Leitwort: "Lärm zerstört Stille- Umfassender Schutz durch Verwirklichung der Grundrechte. Angebote zur Selbsterfahrung erreichten und überzeugten eine große Vielzahl von Besuchern. In partnerschaftlich angelegten Rundgesprächen konnten die Lärm-Stille-Akteure grundrechtsorientierte, richtungsweisende Impulse an Vertreter von Kirche und Politik vermitteln. Auf dem Stand wurde jedem Besucher der Lärmbox und des "Trullo", einer in den Weinbergen schutz bietenden nachgebildeten Hütte klar, dass es in Bezug auf das "Lebensrecht der Ruhe und Stille"- keinerlei Kompromisse geben kann. Denn, so die erkenntnisreiche Erfahrung der Trullobesucher : " Wo Lärm ist, da ist die Ruhe und die Stille bereits meist flächendeckend verschwunden- wie leider auch in der Zelthalle dieses Lärm-Stille-Standes. Mit diesem Kirchentag ist jedoch die Forderung nach Orten und Zeiten der Ruhe und Stille - erstmalig mit enormer Verstärkung in die bundesweite Öffentlichkeit getreten.

Die Besucher des Kirchentags konnten nach der Vorführung von Verkehrslärm in der Lärmbox, Ruhe und Erholung im „Trullo“ finden. Wir konnten feststellen, dass viele junge Menschen entsetzt von den Ausmaßen der Lärmbelastung waren. Sie berichteten auch von ihrer eigenen Lärmsituation aus ihrer jeweiligen Heimat. Fast nahezu jeder Besucher konnte über eine Lärmbelastung in seinem näheren Wohnumfeld berichten.

Neben dem laufenden Publikumsverkehrs fanden sieben professionelle Gesprächsrunden über das Thema Lärm und dessen schädlichen Auswirkungen in unterschiedlichen Dimensionen statt.

Bei der offiziellen Eröffnung am Donnerstag sprachen **Präses Dr. Ulrich Oelschläger** und **Dr. Gerhard Robbers**, Kirchentagspräsident 2013 und Justizminister in RLP deutliche Worte. Die Lärmproblematik sei in der Kirche und in der Politik angekommen. Präses Dr. Ulrich Oelschläger verglich den Kampf gegen Lärm mit der Aufgabe des Sysifus. Er mahnte an, dass Lärmschutzmaßnahmen für vermeidbaren Lärm am Himmel, auf Bahn und Schiene dringend notwendig seien und dass die Kirche momentan prüfe, inwieweit ein grundgesetzlicher Lärmschutz rechtlich durchsetzbar sei. „Das Recht auf körperliche Unversehrtheit gemäß Art. 2 GG wird massiv verletzt“ so Oelschläger. „Es sollte sich aber auch jeder Einzelne von uns fragen, wie viel Mobilität wirklich notwendig sei und ob es sein müsse, dass man Erdbeeren im Winter essen muss.“ Der Lärm sei dabei, sich zum größten Umweltproblem Europas zu entwickeln“, so Pfarrer **Harald Jaensch** in seinem Impuls zum Auftakt des 1. Rundgesprächs. Die Fragen nach dem grundrechtlichen Schutz der Ruhe und Stille sei von höchster Dringlichkeit.

Dr. Henning Thole aus Berlin vom Arbeitskreis „Ärzte gegen Fluglärm“ berichtete von schädlichen Einflüssen und massiven Auswirkungen auf den menschlichen Organismus. Es ist unbestritten und durch Studien klar bewiesen, dass der Körper mit Krankheitssymptomen reagiere bevor der Kopf den Lärm als störend wahrnehme. Niereninsuffizienz, Demenz sowie Depressionen und Psychosen sind die Folge, sogar Diabetes könne durch Lärmeinwirkung hervorgerufen werden.

Dr. Eberhard Greiser aus Bremen berichtete von seinen Epidemiologischen Prognosen am Köln/Bonner Flughafen, bei der davon auszugehen ist, dass eine erhöhte Sterblichkeitsrate der Menschen, die dauerndem Lärm ausgesetzt sind.

Katrin Eder, Umweltdezernentin aus Mainz und **Matthias Gastel**, Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages, und bahnpolitischer Sprecher der Fraktion der Grünen forderten die Berücksichtigung aller Lärmquellen bei Großprojekten. Die Lärmquellen dürfen nicht mehr einzeln betrachtet werden. „Es nützt den Menschen auch nicht, wenn der Lärm gemittelt wird“, so **Dietrich Elsner**, Sprecher des Bündnis der Bürgerinitiativen im Rhein-Main Gebiet, „aus dem Schlaf gerissen wird man insbesondere bei Flug- und Bahnlärm durch Einzelschallereignissen.“ **Winfried Hermann**, Verkehrsminister in Baden-Württemberg und früherer Vorsitzender des Verkehrsausschusses im deutschen Bundestag berichtete, dass das Land Baden Württemberg nach dem Regierungswechsel einen besonderen Fokus auf das Thema Verkehrslärm gelegt habe. „In unserem Ministerium wurde eigens eine Lärmschutzbeauftragte eingestellt, die sich um die Lärmproblematik bei Verkehrsplanungsprojekten kümmert“ so Hermann.

Anlage: Resümee zur Teilnahme der Initiativen gegen Verkehrslärm am 35. DEKT in Stuttgart

In den weiteren Gesprächen sprachen Betroffenen von der enormen Lärmbelastung durch den Frankfurter Flughafen, besonders in Schulen und Kindergärten, die in den Einflugschneisen des Frankfurter Flughafens liegen. „Alle Menschen müssen gleiches Recht auf Bildung haben – der Staat hat hier eine Fürsorgepflicht“, vertrat **Marita Schmitz-Hey** die Meinung, Studienrätin am Maria Ward Gymnasium in Mainz. Kinder finden keine Ruhe mehr, selbst bei geschlossenem Fenstern ist der Anfluglärm der Flugzeuge zu hören. Die Lärmbelastung bei konzentrierten Arbeiten ist nahezu unmöglich. Ganz zu schweigen von der Lernbehinderung, unter denen bereits Kinder im Grundschulalter leiden. **Manfred Kuhn**, Kirchenrat im Oberkirchenrat in Karlsruhe, berichtete von seiner Tätigkeit bei der Ausbildung von Religionspädagogen. Das Thema Ruhe und Stille würde er in seine Ausbildung einflechten. Er berichtete außerdem von den Beobachtungen und dem dringenden Bedürfnis von Kindern in Ganztagschulen nach Ruhe und Rückzugsmöglichkeit in den Schulen und nach Stille nach einem anstrengendem Schultag.

Fritz Kaune vom NABU berichtete über das laufende Dialogforum Schiene Nord in Bohlsen und bestätigte, dass die herrschende Politik nicht wirklich daran gewillt ist, interessierte Bürger konkrete Fragen zu beantworten und Informationen weiterzugeben, obwohl dies bei dem aktuellen Schienenverkehrsprojekt angekündigt worden war, dass betroffene Bürger mitentscheiden sollen.

Daniel Köbler, Fraktionsvorsitzender der Grünen in RLP berichtete über die Enquete der RLP-Landesregierung „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“, und deren Umsetzung in der Landeshauptstadt Mainz und sprach sich für eine neue Lärmschutzgesetzgebung aus. „Auf Bundesebenen sieht es allerdings noch nicht so gut aus“. In der Großen Koalition ist zwar von Lärmschutz die Rede, aber von einer wirklichen Umsetzung von Lärmschutzzielen für die Bevölkerung sind wir noch weit entfernt“, so Köbler. Auch RA **Bernd Schmitz** aus Frankfurt, der das Verfahren gegen die Südumfliegung im letzten Jahr gewann, beurteilte die deutsche Gesetzgebung in dieser Hinsicht als sehr mangelhaft. „Es ist möglich solche Verwaltungsstreitigkeiten zu gewinnen“, so Schmitz.

Ewald Thoma von der Arbeitsgemeinschaft Verkehrslärm Region Leonberg machte anhand konkreter Beispiele von Verkehrsprojekten im Raum Leonberg deutlich, dass trotz zweifellos vorhandener Fortschritte beim Thema Bürgerbeteiligung leider auch Rückschritte zu verzeichnen sind. So wurde z.B. gerade beim Ausbau der A8 zwischen Leonberg und dem Stuttgarter Kreuz auf 8 Fahrspuren noch nicht einmal ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt und somit jegliche Mitsprache von Bürgern bewusst umgangen.

Bernd Murschel (Mdl aus Leonberg), machte darauf aufmerksam, dass er als Landtagsabgeordneter und als langjähriger Kommunalpolitiker die Erfahrung gemacht habe, dass er nur begrenzte Möglichkeiten habe, auf die Lärmgesetzgebung einzuwirken, da dies im wesentlichen Bundes- oder Europarecht sei.

Auch über die massive Feinstaubbelastung durch Verkehr wurde gesprochen. „Bereits seit 10 Jahren ist die Bundesrepublik Deutschland durch EU-Richtlinien verpflichtet, die gesetzlich festgelegten Grenzwerte für Feinstaub einzuhalten“ berichtete **Peter Erben**, Vorsitzender der BI-Neckartor in Stuttgart. „Ziel ist der Schutz unserer Gesundheit und es gibt eine gesetzliche Verpflichtung für unsere Behörden, mit geeigneten Maßnahmen dieses Ziel zu verfolgen.“ Trotz Fristverlängerung wird in Stuttgart seit Jahren gegen diese Verpflichtung verstoßen und Abhilfe ist nicht in Sicht.

Im weiteren Rundgespräch interpretierte **Dr. Frank Crüsemann**, Theologieprofessor in Bielefeld Lärm als eine Form von Gewalt, die mit Rechtsmitteln bekämpft werden muss. „Der Staat muss seine Bürger vor Gewalt schützen, sonst verliert er seine Existenzberechtigung“, referierte Crüsemann. Solange sich Wirtschaftsunternehmen keiner gesetzlichen Regelung gegenüber stehen, werden Menschen geopfert für wirtschaftliche Interessen. **Dr. Wolfgang Gern**, Vorsitzender der Diakonie

Anlage: Resümee zur Teilnahme der Initiativen gegen Verkehrslärm am 35. DEKT in Stuttgart

Hessen war von der Diskussion sehr angetan und versprach den Anwesenden in der Kirche für weitere Aktionen zu sorgen, dass sich die Kirche noch besser für ihren Schutzauftrag einsetzt. Ein maßgebliches Thema waren auch das Projekt Stuttgart 21 sowie das mangelhafte Mediationsverfahren am Frankfurter Flughafen. **Karsten Jakob** vom Verein Fluglärm Rheinhessen e.V. berichtete von der Nichteinhaltung der Flugverfahren und der enormen Belastung für die Bevölkerung in Rheinhessen durch die hohe Streuung der Flugverkehrswege. Durch die Inbetriebnahme der Nordwestlandebahn am Frankfurter Flughafen werden Menschen im Umkreis von 300 km² verlärm, erklärte Jakob. Eine Beteiligung am Verfahren wurde Ihnen damals nicht zugestanden. Heute leiden 100.000 unter einem riesigen Lärmteppich, verursacht durch ein Tiefflugsystem der DFS.

Angelika Munck, ehem. Sprecherin der ZRM berichtete von Ihrem 12 Jahren Kampf als Bürgermeisterin von Hochheim gegen den Ausbau des Flughafens genauso wie **Jakob Gall** aus Flörsheim und **Helmut Mader** von der BI Niederrad, der den Ausbau des Frankfurter Flughafens als eine wirtschaftliche Katastrophe für das Land Hessen betitelte. „In Istanbul und Dubai werden Drehkreuze weit weg von menschlichen Siedlungen gebaut; in Frankfurt wächst der Flughafen immer näher an besiedelte Gebiete. Ein weiterer Ausbau ist unverantwortlich und Missachtung der Menschenrechte“, so Mader. **Eva Reiß** vom Dekanat Offenbach sprach von den absehbaren sozialen Langzeitauswirkungen durch Fluglärm und dessen enormer Belastung. Alle Diskutanten waren sich einig, dass die bestehende Lärmschutzgesetzgebung, die in wesentlichen Teilen noch auch den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts stammt bei weitem nicht mehr ausreicht, der heutigen Lärmbelastung gerecht zu werden. Es müssen Lärmschutzziele für alle Lärmarten und alle Verkehrsanlagen unabhängig davon, ob sie neu gebaut werden oder bereits existieren, definiert werden, welche sich an der Gesundheit der Menschen orientieren. Der Gesetzgeber muss dafür sorgen, dass diese Ziele umgesetzt werden. Die Finanzierung kann nicht das große Problem sein, denn auf Straße, Schiene und in der Luft wird genügend Geld verdient, um die Folgekosten der Mobilität zu bezahlen.

Am Stand konnten die Aktiven Ministerpräsidentin **Malu Dreyer** begrüßen, die sich die Zeit nahm und den vielen Fragen der Besucher zum Thema Lärmschutz, Bürgerbeteiligung und dem Fortschritt der Eingabe der Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz für mehr Lärmschutz geduldig beantwortete.

Auch die Stellvertreterin des Kirchenpräsidenten **Ulrike Scherf** und Kirchenrat **Patrick Prawitz** wurde am Stand herzlich begrüßt. Beim Besuch in der Lärmbox und einem anschließenden Gebet im „Trullo“ konnten die Initiativen den Kirchenvertretern die Wichtigkeit der Aktivierung des Art. 4 GG nahebringen. „Wir benötigen dringend die Ausformulierung von Art. 4,2 GG, die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet“, so **Bettina Appelt**, Sprecherin der Initiativen und Moderatorin der Rundgespräche. Als Grundrechtsträgerin von Art. 4 GG hätte die Kirche einen besonderen Schlüssel in der Hand, die den Einzelnen vor vermeidbarem Lärm schützen könnte, indem sie dieses Gesetz klar ausformuliert. „Dann erst haben die Menschen eine Möglichkeit diesen Rechtsanspruch einzuklagen“, so Appelt.

Pfarrer Ulrich Weisgerber fordert im letzten Gespräch eindringlich, „Schöpfung bewahren erfordert Einsatz für raumverträgliches Wirtschaften“.

Alle gesellschaftlichen Kräfte sind aufgerufen, ihrer jeweiligen Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte nachzukommen. Die Forderung nach körperlicher Unversehrtheit wird vervollständigt durch die Forderung nach dem Recht auf Ruhe und Stille – und zwar für jeden Menschen.

An die Unternehmen der Wirtschaft richteten die Initiativen die eindringliche Forderung sich an den Werten nachhaltigen Wirtschaftens zu orientieren und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung als Unternehmen für Mensch und Natur gerecht zu werden.